

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Juni 2013

Inhalt

Neuigkeiten aus der COFACE	2
COFACE-Generalversammlung und Treffen der Arbeitsgruppen in Brüssel.....	2
COFACE bringt Expertise in verschiedene Arbeitszusammenhänge ein	2
Neuigkeiten aus den EU-Institutionen	2
Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zentrales Thema für EU-Akteure.....	2
Ministerrat für Arbeit und Soziales mit umfangreicher Tagesordnung.....	3
EU-Sozialbericht mit Schwerpunkten Jugendbeschäftigung und Kinderbetreuung	3
EU-Kommission fordert stärkere Anstrengungen bei Kinderbetreuung.....	3
Parlament, Ausschuss der Regionen und NGOs positionieren sich zum Sozialinvestitionspaket.....	4
EU-Parlament verabschiedet Asylpaket	4
EIGE präsentiert Werkzeug zur Messung der Geschlechtergleichstellung	4
Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz: Kommission eröffnet Konsultation	5
Budgets für Soziale Sicherung in Krisenzeiten – Arbeitspapier der Kommission veröffentlicht.....	5
Parlament verabschiedet strengere Vorschriften für Babynahrung.....	5
Kommission: Mehr Medikamente für kranke Kinder durch EU-Verordnung.....	5
Parlament und Rat einigen sich auf neues Programm für Beschäftigung und soziale Innovation	5
Europäisches Parlament berät über soziales Wohnen und Wohnungsnot in der EU	6
Parlamentsbeschluss zur Mobilität von Frauen	6
Weitere Nachrichten	6
Kampagne zur Deinstitutionalisierung in der Kinder- und Jugendhilfe	6
Erster Internationaler Elterntag am 1. Juni 2013	7
EU-Forschungsprojekt zu Familie und Gesellschaft mit neuer Website.....	7
Berichte und Studien	7
Jahresbericht der EU-Grundrechteagentur: Krise gefährdet Versorgung sozial Schwacher	7
Europäische Studie zur Gender Pension Gap	7
Internationale Studie über die Rolle von Männern bei der Gleichstellung der Geschlechter	7
OECD-Bildungsbericht: Ausbildung gerade in Krisenzeiten wichtig.....	8
Broschüre: Inklusion ins Bildungssystem mit europäischen Förderprogrammen	8
Eurochild und UNESCO: Tagungsdokumentationen online	8
OECD-Bericht zum Guten Leben im Alter.....	8
Bevorstehende Veranstaltungen	9

Neuigkeiten aus der COFACE

COFACE-Generalversammlung und Treffen der Arbeitsgruppen in Brüssel

Vom 03. bis zum 05. Juni fanden in Brüssel die Generalversammlung und Arbeitsgruppentreffen der COFACE statt. Die Generalversammlung bilanzierte das vergangene Jahr und diskutierte Prioritäten für die zukünftige Arbeit. Zudem wurden vier neue Mitglieder begrüßt. Die Arbeitsgruppe „Family and Social Policy“ widmete sich vor allem einem Erfahrungsaustausch der familienpolitischen Entwicklungen in den verschiedenen EU-Staaten, während im Rahmen der „Green Week“ bei einem COFACE-Expertengespräch über „Sustainable development policies“ diskutiert wurde.

COFACE bringt Expertise in verschiedene Arbeitszusammenhänge ein

Im vergangenen Monat war die Confederation of Family Organisations in the European Union (COFACE) bei verschiedenen Veranstaltungen vertreten. Den Anfang machte am 6. Juni eine Podiumsdiskussion beim Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss. Hier erläuterte die COFACE, wie sich die Wirtschafts- und Finanzkrise darauf auswirkt, welchen Zugang Familien zu Krediten haben, die ihren Bedürfnissen entsprechen. Am 24. und 25. Juni nahm die COFACE an einer Tagung des Europäischen Verbands der sozialen Wohnungswirtschaft teil und nahm dies zum Anlass, das Positionspapier zum Wohnen für Familien von 2010 zu überarbeiten. In Paris stellte die COFACE schließlich auf einer Konferenz ihres französischen Mitglieds UNAF (Union Nationale des Associations Familiales) am 26. Juni ihr Instrument Nutri-médias vor, das sich im Rahmen von Ernährungsbildung einsetzen lässt.

Input für die eigene Arbeit holte sich die COFACE wiederum bei der Konferenz „Krise und Kontingenz: Zustände der (In)Stabilität“ in Amsterdam (25.-27. Juni). Hier wurden aus akademischer Perspektive Themen wie Sparpolitik, Arbeitslosigkeit und andere krisenbedingte Entwicklungen diskutiert.

- [Nähere Informationen im in Kürze erscheinenden COFACE Newsletter](#)



Neuigkeiten aus den EU-Institutionen

Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zentrales Thema für EU-Akteure

Dem Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit werden auf allen Ebenen der EU Initiativen gewidmet. Eine gute Übersicht bietet ein Memo der EU-Kommission vom 28. Mai. Am 28. Juni hat nun der Europäische Rat beschlossen, sechs Milliarden Euro für die mehr als 5,6 Millionen jungen Menschen ohne Beschäftigung zu investieren. Diesem Beschluss wird am 3. Juli in Berlin eine Konferenz zur Förderung der Jugendbeschäftigung folgen, auf der über konkrete Maßnahmen beraten wird. Die Europäische Kommission will außerdem am 2. Juli in Leipzig eine Europäische Ausbildungsallianz ins Leben rufen. Sie soll die bereits vorhandenen EU-Aktionen zur Ausbildung unter einem gemeinsamen Dach zusammenführen, fördern und weiter ausbauen.

Die EU-Kommission hatte im Vorfeld des EU-Gipfels mit der Mitteilung „Gemeinsam für die Jugend Europas – Ein Appell zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ noch einmal die Wichtigkeit des Themas betont. Darin fordert sie u. a., die Umsetzung der Jugendgarantie (siehe Europa News [1](#) und [3/2013](#)) zu beschleunigen. Die Europäischen Sozialpartner hatten zuvor ihren gemeinsamen „Aktionsrahmen Jugendbeschäftigung“

vorgestellt. Auch im Rahmen der OECD soll die Jugendbeschäftigung noch stärker in den Fokus genommen werden. Auf dem jährlichen Ministertreffen wurde am 30. Mai ein Jugendaktionsplan verabschiedet.

- [Memo der EU-Kommission vom 28. Mai 2013](#)
- [Jugendaktionsplan der OECD vom 30. Mai 2013](#) 
- [Zum Aktionsrahmen Jugendbeschäftigung der Europäischen Sozialpartner](#)
- [Mitteilung der EU-Kommission vom 19. Juni 2013 \(englisch\)](#) 
- [Schlussfolgerungen des Europäischen Rats vom 28. Juni 2013 \(englisch\)](#)

Ministerrat für Arbeit und Soziales mit umfangreicher Tagesordnung

Auf dem Gipfel der EU-Arbeits- und Sozialminister/innen wurde am 20. und 21. Juni eine umfangreiche Tagesordnung bearbeitet. Bestimmendes Thema war auch hier die Jugendarbeitslosigkeit. Es konnte u. a. eine Einigung über die generelle Ausrichtung des Globalisierungsfonds erzielt werden, so dass dieser nun auch zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eingesetzt werden kann. Verabschiedet wurden Schlussfolgerungen zum Sozialinvestitionspaket der Kommission (siehe [Europa News 2, 3](#) und [5/2013](#)) sowie zu Frauen in den Medien. Keine Einigung war bei den Themen Umsetzungsrichtlinie Entsendung, Armutsfonds, Frauenquote und Antidiskriminierung zu erreichen – hier wurden so genannte Fortschrittsberichte vorgelegt.

- [Ausführliche Pressemitteilung des Rats vom 21. Juni 2013 \(englisch\)](#) 


EU-Sozialbericht mit Schwerpunkten Jugendbeschäftigung und Kinderbetreuung

Der aktuelle Quartalsbericht zu Beschäftigung und Soziales in der EU richtet den Fokus auf die Bedingungen, unter denen junge Menschen in der EU arbeiten. Langjährige Beschäftigte genießen häufig guten Beschäftigungsschutz, junge Beschäftigte hingegen seien entweder arbeitslos oder hätten kurze Zeitverträge. Dies gelte vor allem in Ländern mit stark rückläufigen Beschäftigungsquoten. Einen weiteren thematischen Schwerpunkt des Berichts stellt die Kinderbetreuung dar. Hierzu heißt es anhand von Datenanalysen, dass eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung auf Dauer für Kinder vorteilhaft ist. Die positiven Auswirkungen seien bei den am stärksten benachteiligten Kindern am deutlichsten, diese hätten jedoch in der Regel den schlechtesten Zugang.

- [Quartalsbericht über die Beschäftigungssituation und die soziale Lage \(englisch\)](#) 

EU-Kommission fordert stärkere Anstrengungen bei Kinderbetreuung

Die EU-Kommission hat am 3. Juni einen Bericht zur Umsetzung der so genannten Barcelona-Ziele vorgelegt. Diese geben vor, dass die Mitgliedstaaten Beteiligungshemmnisse am Erwerbsleben für Frauen abbauen sowie bis 2010 für mindestens 90 % der Ü3-Kinder und für mindestens 33 % der U3-Kinder Betreuungsplätze zur Verfügung stellen müssen. Die Zahlen für 2010 zeigen, dass die meisten EU-Staaten diese Ziele verfehlt haben. Nur acht Staaten konnten die Vorgaben für beide Altersgruppen einhalten: Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Niederlande, Schweden, Slowenien und Großbritannien. Die 75 %-Marke, die die EU bei der Beschäftigungsquote bis 2020 erreichen will, sei nur zu erreichen, wenn die Mitgliedstaaten ihr Engagement in der Kinderbetreuung verstärkten, so die EU-Kommission.

- [Pressemitteilung der Kommission vom 3. Juni 2013](#)
- [Bericht zur Umsetzung der Barcelona Ziele \(englisch\)](#) 

Parlament, Ausschuss der Regionen und NGOs positionieren sich zum Sozialinvestitionspaket

Das Europäische Parlament hat am 12. Juni eine Entschließung zum Sozialinvestitionspaket (SIP) der Kommission (siehe [Europa News 2, 3 und 5/2013](#)) gefasst, das eine Reihe von Forderungen enthält. Stichworte sind u. a.: Bekämpfung von Armut, Kinderarmut und sozialer Ausgrenzung, Schaffung von Arbeitsplätzen (insbesondere für Jugendliche), Gender-Fragen, EU-Fonds und soziale Dimension der EU.


Auch auf dem 6. Stakeholder-Dialog im Rahmen der Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung (EPAP) am 7. Juni lag der thematische Schwerpunkt auf dem SIP und dessen Umsetzung. Von Seiten der europäischen sozialen NGOs, vertreten durch die Social Platform, wurde der Paradigmenwechsel anerkannt, der Sozialpolitik als Investition und nicht als Kostenfaktor versteht. Es sei aber wichtig, dabei das Thema Soziale Sicherung nicht aus den Augen zu verlieren. Bereits Ende Mai hatte der Ausschuss der Regionen anlässlich seiner Konferenz „Armut und soziale Ausgrenzung: Welche Rolle haben die Regionen und Städte?“ eine „ehrgeizige Strategie für Sozialinvestitionen“ gefordert.

- [Entschließungsantrag des Parlaments vom 12. Juni 2013](#)
- [Pressemitteilung der Social Platform vom 19. Juni 2013 \(englisch\)](#)
- [Pressemitteilung des Ausschusses der Regionen vom 29. Mai 2013](#)

EU-Parlament verabschiedet Asylpaket

Das Europäische Parlament hat am 12. Juni entschieden, dass Asylentscheidungen in der EU zukünftig fairer und rascher erfolgen. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) soll zudem gewährleisten, dass Verfolgte nicht in Gefahrensituationen zurückgeschickt werden. Verschiedene europäische NGOs haben in einer Stellungnahme deutlich gemacht, dass ihnen das GEAS in einigen Punkten nicht weit genug geht. So kritisieren sie die Regelungen zu Gewahrsam, Rechtsbeihilfe und der Behandlung von besonders Schutzbedürftigen.

Anlässlich des Weltflüchtlingstags am 20. Juni hat Eurostat Zahlen zu erfolgreichen Asylverfahren in der EU veröffentlicht. Danach haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Union 2012 102.700 Asylbewerber – und damit 18.400 Menschen mehr als 2011 – als schutzberechtigt anerkannt. Der höchste Anteil fällt mit 22.200 auf Deutschland, gefolgt von Schweden, Großbritannien und Frankreich. Die Zahlen stammen aus dem Vierten Jahresbericht der Kommission über Einwanderung und Asyl.

- [Gemeinsame Stellungnahme europäischer NGOs zum GEAS \(englisch\)](#) 
- [Memo der EU-Kommission zum GEAS \(englisch\)](#)
- [Pressemitteilung der Kommission zum Migrationsbericht \(mit Link zum Bericht\) vom 17. Juni 2013](#)

EIGE präsentiert Werkzeug zur Messung der Geschlechtergleichstellung

Mitte Juni hat das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) den ersten „Gender Equality Index“ für die Europäische Union vorgestellt. Dieser misst den Fortschritt der einzelnen Mitgliedstaaten bei der Gleichstellung der Geschlechter und weist auch Durchschnittswerte für die gesamte Union aus. Er zeigt auf, dass die EU mit einem durchschnittlichen Wert von 54 noch einen weiten Weg zur vollen Gleichstellung (entspricht dem Wert 100) zurückzulegen hat. Der Index gliedert sich in die Bereiche Arbeit, Geld, Wissen, Zeit, Macht und Gesundheit. Der niedrigste Wert wird bei der Macht in politischen Entscheidungsprozessen erreicht (38). Deutschland unterschreitet diesen Wert mit 28 Punkten noch einmal deutlich. Auf den Seiten des EIGE sind die Ergebnisse interaktiv aufbereitet. Der Bericht ist ebenso als pdf-Dokument verfügbar.

- [Mehr Informationen zum Gender Equality Index \(englisch\)](#)

Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz: Kommission eröffnet Konsultation

Die EU-Kommission hat eine öffentliche Konsultation zur Sicherheit und zum Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz eingeleitet. Alle Bürger/innen sowie Organisationen sind eingeladen, sich vom 31. Mai bis 26. August an dieser Konsultation zu beteiligen. Hintergrund der Konsultation ist die Evaluierung der EU-Strategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, die am 31. Mai veröffentlicht wurde.

- [Zur Onlinekonsultation auf den Seiten der Kommission](#)
- [Abschlussbericht der Evaluation der EU-Strategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz \(englisch\)](#) 

Budgets für Soziale Sicherung in Krisenzeiten – Arbeitspapier der Kommission veröffentlicht

Wie haben sich die Budgets für Soziale Sicherung in der Krise entwickelt? Ein Arbeitspapier der EU-Kommission stellt fest: 2009 gab es einen signifikanten Anstieg der Sozialausgaben in den Mitgliedstaaten, 2010 stabilisierten sie sich, während sie in den Jahren 2011 und 2012 wieder sanken. Dieses Absinken war stärker als in vergleichbaren Situationen in der Vergangenheit, das weist darauf hin, dass die wirtschaftliche Stabilisierungsfunktion der sozialen Sicherungssysteme geschwächt sei.

- [Zum Working Paper 1/2013 der EU-Kommission \(englisch\)](#)

Parlament verabschiedet strengere Vorschriften für Babynahrung

Das Europäische Parlament hat am 11. Juni einer Reihe von Vorschriften zum Verbraucherschutz zugestimmt, bei der es um die Kennzeichnung von Lebensmitteln für spezielle Gruppen geht. Die geltenden EU-Vorschriften für diese Produkte seien komplex, unterschiedliche Vorschriften und Konzepte überschneiden sich. Mit einer neuen Verordnung würden unnötige und widersprüchliche Vorschriften gestrichen und durch einen vereinfachten Rahmen ersetzt. Er gilt für Lebensmittel für Säuglinge und Kleinkinder, für Lebensmittel für Personen mit besonderen Gesundheitsproblemen sowie für Lebensmittel zur Gewichtskontrolle. Die Verordnung tritt erst 2016 in Kraft, damit den Unternehmen genügend Zeit zur Anpassung bleibt.

- [Pressemitteilung vom 11. Juni 2013](#)

Kommission: Mehr Medikamente für kranke Kinder durch EU-Verordnung

2008 ist die Kinderarzneimittel-Verordnung der EU in Kraft getreten. Seitdem – so ein Zwischenbericht der EU-Kommission – werden Medikamente für Kinder intensiver erforscht und dementsprechend zugelassen. Für Eltern und Ärzte stünden bessere Informationen zur Verfügung. In den kommenden Jahren werden zahlreiche weitere Zulassungen erwartet. Die Kinderarzneimittel-Verordnung verpflichtet außerdem Unternehmen dazu, den zuständigen Behörden ihre Daten zur Sicherheit oder Wirksamkeit von Arzneimitteln zu übermitteln, die zur Behandlung von Kindern zugelassen sind. Über 18.000 Studien zu etwa 2.200 Arzneimitteln wurden bereits vorgelegt.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission vom 24. Juni 2013](#)

Parlament und Rat einigen sich auf neues Programm für Beschäftigung und soziale Innovation

Am 28. Juni haben sich das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union auf ein neues Programm verständigt, dass die Mitgliedstaaten dabei unterstützen soll, Arbeitsmarkt- und Sozialreformen zu entwickeln und durchzuführen. Das Europäische Programm für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI)

umfasst die bestehenden Programme Progress, EURES und das Mikrofinanzierungsinstrument Progress. Insgesamt sind in der nächsten Finanzperiode 825 Millionen Euro dafür vorgesehen – weniger als für die drei Programme bisher.

- [Memo der Kommission vom 28. Juni 2013 \(englisch\)](#)

Europäisches Parlament berät über soziales Wohnen und Wohnungsnot in der EU

Das Europäische Parlament hat am 11. Juni über einen Bericht zum sozialen Wohnungsbau und die Wohnungsnot in der EU abgestimmt. Darin heißt es, der Bedarf an erschwinglichem Wohnraum könne in Zeiten der Krise immer weniger durch den Markt selbst gedeckt werden, insbesondere in den Städten. Gestiegene Miet- und Energiekosten vergrößerten das Armutsrisiko und die Gefahr sozialer Ausgrenzung. Deshalb gelte es, eine europäische Politik des sozialen Wohnungswesens zu initiieren. Ausgaben für Wohnungspolitik seien als strategische Sozialinvestition zu verstehen und dürften nicht gekürzt werden. Der internationale Mieterbund IUT begrüßt die Initiative des EPs, insbesondere die Empfehlung für Sozialwohnungsmindestquoten in besonders dicht besiedelten Gebieten.

- [Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. Juni](#)
- [Pressemitteilung des IUT vom 11. Juni 2013 \(englisch\)](#) 

Parlamentsbeschluss zur Mobilität von Frauen


Am 11. Juni hat das Europäische Parlament eine Entschließung zur ausbildungsbezogenen und beruflichen Mobilität von Frauen in der EU verabschiedet. Mobilität sei unerlässlich, um das EU-Ziel einer 75%igen Beschäftigungsquote zu erfüllen sowie die Effizienz des Binnenmarktes zu erhöhen. Deswegen seien Daten über die Schwierigkeiten, das Ausmaß und die Struktur der Mobilität von Frauen zu erheben und auszuwerten sowie Fördermittel für die Erhöhung der weiblichen Mobilität zur Verfügung zu stellen.

- [Zum Vorgang auf den Seiten des Europäischen Parlaments](#)

Weitere Nachrichten

Kampagne zur Deinstitutionalisierung in der Kinder- und Jugendhilfe

Am 6. Juni haben Eurochild und Hope and Homes for Children im Europaparlament die Kampagne „Opening Doors for Europe’s Children“ (deutsch: „Türen öffnen für Europas Kinder“) gestartet. Sie fordern die EU und die nationalen Regierungen auf, den Übergang von der institutionellen zur Familien-Pflege stärker voranzubringen. Europaweit wüchsen hunderttausende Kinder in Heimen auf. Die Folgen davon seien verheerend für die Kinder, ihre Familien und letztlich für die gesamte Gesellschaft. Die Kampagne bezieht sich auch auf die Kommissionsempfehlung „Investitionen in Kinder. Den Kreislauf der Benachteiligung durchbrechen“ (siehe [Europa News 2/2013](#)), in der es heißt: „Es sollte keine Ausweitung institutioneller Betreuungseinrichtungen für Kinder stattfinden, die aus der elterlichen Obhut herausgenommen wurden; gefördert werden sollten stattdessen eine hochwertige Betreuung auf Gemeindeebene und die Unterbringung in Pflegefamilien, in denen auf Kinder gebührend eingegangen wird.“

- [Meldung von Eurochild vom 6. Juni 2013 \(englisch\)](#)
- [Kommissionsempfehlung „Investitionen in Kinder. Den Kreislauf der Benachteiligung durchbrechen“ vom 20. Februar 2013](#) 

Erster Internationaler Elterntag am 1. Juni 2013

Gemäß der UN-Resolution 66/292 von 2012 wurde am 1. Juni 2013 der erste Weltelterntag gefeiert. Dieses Datum soll von nun jährlich auf die Verdienste und Bedürfnisse von Eltern aufmerksam machen.

- [UN-Resolution 66/292](#) 

EU-Forschungsprojekt zu Familie und Gesellschaft mit neuer Website

Das EU-geförderte Forschungsprojekt „Families and Societies“ (siehe [Europa News 1/2013](#)), an dem 28 Partner aus ganz Europa beteiligt sind, verfügt seit kurzem über eine Internetpräsenz. Dort lassen sich u. a. Informationen über die Zielsetzungen und die Konzeption des Projektes finden. Für Interessierte besteht die Möglichkeit, sich für ein News-Update per Mail anzumelden.

- [Internetpräsenz des Projekts Families and Societies \(englisch\)](#)

Berichte und Studien

Jahresbericht der EU-Grundrechteagentur: Krise gefährdet Versorgung sozial Schwacher

Die Europäische Grundrechteagentur FRA (Fundamental Rights Agency) hat am 18. Juni ihren Jahresbericht 2012 veröffentlicht. Darin heißt es, die EU und ihre Mitgliedstaaten hätten eine „stabile Infrastruktur der Grundrechte“ aufgebaut. Gleichwohl seien weitere Anstrengungen nötig, um den Grundrechtenschutz zu verbessern – gerade in Zeiten der Krise. Haushaltskürzungen hätten in der Regel negative Auswirkungen auf Bildung, medizinische Versorgung und Sozialleistungen für schutzbedürftige Gruppen.

- [FRA Jahresbericht 2012 \(englisch\)](#) 

Europäische Studie zur Gender Pension Gap

Die EU-Kommission hat am 3. Juni eine Studie zum „Gender Pension Gap“, der geschlechtsabhängigen Rentenlücke, vorgestellt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die Lücke zwischen den Renten (vor Steuern) von Männern und Frauen in der EU 39 % beträgt. Damit übertrifft sie die „Gender Pay Gap“, die Einkommenslücke, die bei 16,2 % liegt.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission vom 3. Juni 2013 \(englisch\)](#)

Internationale Studie über die Rolle von Männern bei der Gleichstellung der Geschlechter

Ende Mai veröffentlichte die EU-Kommission die Studie „The Role of Men in Gender Equality – European Strategies and insights“, die Erkenntnisse über die Rolle und Positionierung von Männern in Fragen der Gleichstellung der Geschlechter bereitstellt. Für alle EU- und EFTA-Mitglieder wurden folgende Felder systematisch analysiert: die Bedeutung von Bildung und Arbeit für die Rolle von Männern im Gleichstellungsprozess, die Einbeziehung von Männern in Familien-, Betreuungs- und Haushaltsarbeit, Männergesundheit, Gewalt im Geschlechterverhältnis und die Mitwirkung von Männern an der Gleichstellungspolitik. Der Bericht schließt mit Handlungsempfehlungen an politische und zivilgesellschaftliche Akteure.

- [Bericht „The Role of Men in Gender Equality“ \(englisch, mit deutscher Zusammenfassung\)](#) 

OECD-Bildungsbericht: Ausbildung gerade in Krisenzeiten wichtig

Die OECD hat am 25. Juni den Bericht „Bildung auf einen Blick 2013“ vorgelegt. Er untersucht die Bildungssysteme der 34 OECD-Mitglieder (darunter auch 21 EU-Staaten) und bestätigt, dass eine gute Ausbildung die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist. Zwischen 2008 und 2011 sei die Arbeitslosigkeit unter den Geringqualifizierten im OECD-Durchschnitt um 4 Prozentpunkte, unter Hochqualifizierten jedoch nur um 1,5 Prozentpunkte angestiegen. Der Bericht bestätigt auch, dass in Staaten, die stärker auf eine berufliche als auf eine allgemeine Ausbildung setzen, die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen geringer ist. In vielen Ländern wurden im Zuge der Krise die Bildungsbudgets gekürzt, obwohl – so der Bericht – genau jetzt verstärkte Investitionen in Bildung notwendig seien.

- [Zum OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick 2013“](#)

Broschüre: Inklusion ins Bildungssystem mit europäischen Förderprogrammen

Eine Broschüre der deutschen Nationalagentur für die europäischen Bildungsprogramme stellt exemplarisch fünf Partnerschaften vor, die in den Programmen Grundtvig und Leonardo zum Thema Inklusion kooperiert haben. Themen sind unter anderem die Erstellung von individuellen Lernkonzepten für (ehemalige) Strafgefangene, die Stärkung von arbeitslosen Jugendlichen und die Integration von Flüchtlingen.

- [Zur Broschüre „Inklusive Bildung in Europa: Weg frei für Benachteiligte“](#)

Eurochild und UNESCO: Tagungsdokumentationen online

Am 7. Mai hatten Eurochild und die UNESCO zu einer Veranstaltung in Brüssel eingeladen, die sich mit der Frage auseinandersetzte, wie man Eltern und Familien am besten unterstützen kann. Dabei wurde auch der Beitrag sozialpolitischer Maßnahmen diskutiert. Die Vorträge sind nun auf der Internetpräsenz von Eurochild verfügbar. Zwei Wochen zuvor, am 24. April, hatte Eurochild eine Veranstaltung zum Thema „Großeltern als Sorgende“ organisiert. Hierzu ist inzwischen ein kurzer Tagungsbericht erschienen, der eine gute Übersicht zum Thema bietet.

- [Nähere Informationen zur Veranstaltung auf der Internetpräsenz von Eurochild \(englisch\)](#)
- [Tagungsbericht „Grandparents as carers – Trends and support services in Europe“ \(englisch\)](#) 

Eurochild und UNESCO: Tagungsdokumentationen online

Am 7. Mai hatten Eurochild und die UNESCO zu einer Veranstaltung in Brüssel eingeladen, die sich mit der Frage auseinandersetzte, wie man Eltern und Familien am besten unterstützen kann. Dabei wurde auch der Beitrag sozialpolitischer Maßnahmen diskutiert. Die Vorträge sind nun auf der Internetpräsenz von Eurochild verfügbar. Zwei Wochen zuvor, am 24. April, hatte Eurochild eine Veranstaltung zum Thema „Großeltern als Sorgende“ organisiert. Hierzu ist inzwischen ein kurzer Tagungsbericht erschienen, der eine gute Übersicht zum Thema bietet.

- [Nähere Informationen zur Veranstaltung auf der Internetpräsenz von Eurochild \(englisch\)](#)
- [Tagungsbericht „Grandparents as carers – Trends and support services in Europe“ \(englisch\)](#) 

OECD-Bericht zum Guten Leben im Alter

Um die Versorgung alter Menschen zu verbessern, bedarf es umfassender Reformen in Europa – so ein Bericht der OECD im Auftrag der EU-Kommission. Bis 2060 werde sich die Altersgruppe der Über-80jährigen in der EU

fast verdreifachen. Viele Länder seien darauf schlecht vorbereitet. Wenige Länder hätten außerdem ein systematisches Verfahren zur Messung von Qualität und Sicherheit in Altenpflegeeinrichtungen, kritisiert der Bericht, der gute Praxisbeispiele und politische Handlungsempfehlungen bereithält. Er ist am Welttag gegen Missbrauch von Älteren, dem 15. Juni, vorgelegt worden. Aus diesem Anlass haben auch die AGE Plattform Europa und die Organisation WeDO (For the Wellbeing and Dignity of Older People) die europäischen Institutionen aufgefordert, sich stärker gegen Vernachlässigung und den Missbrauch älterer Menschen sowie für ein würdiges Altern einzusetzen. Zu Beginn des Monats hatte bereits die Organisation Inclusion Europe an die EU-Akteure appelliert, den Bedürfnissen von älteren Menschen mit Behinderungen größere Aufmerksamkeit zu schenken.

- [Zum OECD-Bericht „A Good Life in Old Age? Monitoring and Improving Quality in Long-term Care“ \(englisch\)](#)
- [Pressemitteilung von AGE und WeDO vom 13. Juni 2013 \(englisch\)](#) 
- [Pressemitteilung von Inclusion Europe vom 3. Juni 2013 \(englisch\)](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

- Public Policy Exchange: [Occupational Health and Safety. Improving Working Conditions in Europe](#) (9. Juli 2013, Brüssel)
- Konferenz (Eurofound u.a.) [Work, Wellbeing and Wealth: Active ageing at work](#) (26.-28. August 2013, Helsinki)
- European Public Health Alliance, Jahreskonferenz [Brave New World: Inclusive Growth and Well-Being or Vested Interests and Lost Generations?](#) (4.-5. September 2013)
- Zweite Internationale [WHO-Konferenz altersfreundlicher Städte](#) (9.-11. September 2013, Québec)
- International Society for the Prevention of Child Abuse and Neglect: [13. Europäische Regionalkonferenz zu Kindesmissbrauch und Vernachlässigung](#) (15.-18. September 2013, Dublin)
- Alliance for Childhood u.a., Konferenz [„Unfolding – Creating a culture that allows each and every child to unfold their unique potential and to engage in society“](#) (23.-26. Oktober 2013, Brüssel)
- [8. UNESCO Jugendforum](#) (29.-31. Oktober 2013, Paris)
- Eurochild Jahreskonferenz 2013 ["Building an inclusive Europe – the contribution of children's participation"](#) (13.-15. November 2013, Mailand)
- EU-Kommission, EWSA: [„Social Entrepreneurship and Social Economy“](#) (16. Januar 2014, Straßburg)

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).